

Betriebliche Altersvorsorge

## Verbraucherschützer warnen Ampel vor Irrweg bei der Rente

Die Altersvorsorge hat auf der Aufgabenliste der kommenden Regierung Priorität, denn die Zeit drängt. Doch die betriebliche Vorsorge zu erweitern, sei eine Fehlentscheidung zu Lasten der Arbeitnehmer, mahnt Klaus Müller, Chef des Verbraucherzentrale Bundesverbands.

Noch dringt von den Verhandlungen der Ampel-Koalitionäre wenig nach draußen. In der kommenden Woche wollen sie ihre Ergebnisse präsentieren. Klar ist schon jetzt, dass in der Altersvorsorge die Kapitaldeckung eine größere Rolle spielen soll. So steht es schon im Sondierungspapier. Wie das konkret aussehen soll, ist aber noch offen. Zuletzt machten in Berlin Gerüchte die Runde, dass die drei Parteien vor allem die Bedeutung der betrieblichen Altersvorsorge, der sogenannten „Zweiten Säule“ neben gesetzlicher und privater Vorsorge, weiter ausbauen wollen.

Davon raten die Verbraucherzentralen nun in einem dringenden Appell an die Koalitionäre ab. „Ich warne vor Gedankenspielen, bei der kapitalgedeckten Altersvorsorge auf die betriebliche Vorsorge in ihrer derzeitigen Form zu setzen“, sagte Klaus Müller, Chef des Verbraucherzentrale Bundesverbands, WELT AM SONNTAG. „Eine Reform dieser Art wäre eine Fehlentscheidung mit unbewussten Nachteilen für die Arbeitnehmer und würde deren Altersvorsorge nicht stärken, sondern schwächen.“

Die betriebliche Altersvorsorge sei wichtig, sie habe aber erhebliche Schwachstellen. „Sollte die neue Regierung diese Säule aufwerten wollen, müsste sie diese Schwächen zuerst beheben“, fordert Müller. Dabei gehe es vor allem um drei Punkte.

Zum einen sind Einzahlungen, die über die betriebliche Entgeltumwandlung erfolgen, von Steuern und Sozialabgaben befreit, somit auch von Einzahlungen in die gesetzliche Rentenversicherung. Als Folge fällt die gesetzliche Rente später entsprechend geringer aus.

„Es ergibt keinen Sinn, zusätzliche Altersvorsorge über den Arbeitgeber anzuregen und dabei gleichzeitig eine Schwächung der gesetzlichen Rente in Kauf zu nehmen“, sagt Müller. Zudem gehört der Vertrag einer betrieblichen Altersvorsorge dem Arbeitgeber. Arbeitnehmer können ihn bei einem Jobwechsel nicht einfach mitnehmen. Oft muss ein neuer Vertrag abgeschlossen werden, wobei meist erneut Provisionen für Finanzvermittler fällig werden.

Schließlich werde eine betriebliche Entgeltumwandlung meist im Versicherungsmantel angeboten, so Müller. Diese Lösung sei jedoch nicht nur teuer, sondern auch renditeschwach, da das Geld überwiegend in festverzinsliche Anleihen investiert werde. „Es ist im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, beim Kapitalaufbau deutlich mehr auf Aktien zu setzen“, sagt der oberste Verbraucherschützer.

Bevor die neue Regierung die Altersvorsorge über die betriebliche Entgeltumwandlung weiter ausbaue, müsse diese daher grundlegend reformiert werden. Die Sozialabgabenbefreiung müsse abgeschafft, die Portabilität der Verträge leichter und kostengünstiger werden, und die Anlage müsse verstärkt auf Aktien setzen. „Der beste Weg wäre ein einfaches öffentliches Standardprodukt, das Verbraucher sowohl für die private Altersvorsorge nutzen können als auch für die Vorsorge über den Betrieb“, sagt Müller.

Der Verbraucherschützer bekommt Unterstützung aus dem Finanzsektor. So ergab eine Studie des von der Branche finanzierten Deutschen Instituts für Altersvorsorge (DIA), dass die betriebliche Altersversorgung im Vergleich mit anderen geförderten Vorsorgeformen deutlich schlechter abschneidet.

Das liege zum einen an der Art der Kapitalanlage, die auf ein möglichst geringes Risiko ausgelegt sei und damit die Chancen am Aktienmarkt auslasse. Zudem kritisiert auch das DIA die Befreiung von der Sozialabgabenpflicht. Diese sei ursprünglich als befristete Anschubhilfe gedacht gewesen. „Aus heutiger Sicht stellt sich allerdings die Frage, ob es dieser Anschubhilfe tatsächlich noch bedarf und ob die ungünstigen Wechselwirkungen mit der gesetzlichen Rente am Ende mehr Nachteile bringen“, sagt DIA-Sprecher Klaus Morgenstern.

Die Ampel-Koalitionäre hatten in ihrem Sondierungspapier beschlossen, dass sie der gesetzlichen Rente einen Betrag von zehn Milliarden Euro zur Verfügung stellen wollen, um damit einen Kapitalstock aufzubauen. Dies kommt einer Forderung der FDP entgegen. Die Grünen wollen das bisherige Riester-Sparen in einem neuen, staatlich initiierten Fonds zusammenführen, der vor allem auf Aktien basiert. Für die SPD wiederum ist die betriebliche Altersvorsorge ein bevorzugtes Instrument, da hierbei auch die Gewerkschaften mitwirken.